



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Geräusch von Stimmen, von Hufschlägen, die sich näherten. Schnell und erschrocken führte Julie die Hand an den Schleier.

Jetzt, flüsterte er hastig und aufgeregt, indem er sich vorbeugte, jetzt kann ich ja unmöglich all das sagen, was ich zu sagen habe. Aber von nun an sind wir ehrlich gegeneinander, nicht wahr, Julie?

Julie hörte die Pferde unten am Hügel — Stimmen — Lachen — das Knacken von Zweigen . . . sie wagte Erik nicht mehr anzusehen und zog nur nervös den Schleier vor das Gesicht.

Aber danke du deinem Schöpfer, mein Lieb — sie fuhr zusammen, als sie „mein Lieb“ hörte, und wurde blutrot vor Scham und Freude —, danke du Gott, daß ich so zeitig und nicht ein Jahr später heimgekommen bin.

Julie setzte sich fester im Sattel zurecht; sie wollte nicht antworten, wagte es auch nicht. Sie dachte, wenn sie nur erst die nächsten Minuten hinter sich hätte! . . . Jetzt sah sie deutlich Arvids große rote Crispmütze über dem Niederwald auf dem Hügel. Nein, sie konnte ihm nie wieder in die Augen sehen — ach! wenn es nur schon überstanden wäre! Plötzlich, ungeduldig diesem unerträglichen Augenblick ein Ende zu machen, trieb sie unaufgefordert ihr Pferd zu rascherem Lauf an; Erik folgte dicht hinter ihr. Nun hob Arvid die Mütze, während die jungen Mädchen riefen und winkten.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. In dem trefflichen alten „Berlinischen Lesebuch für die höheren Schulen,“ aus dem ich vor mehr als einem halben Jahrhundert — just vierundfünfzig Jahre sind es her — die ersten tiefen Eindrücke für mein junges Gemüt geschöpft habe — namentlich der schlesische Schulmeister und Organist ist mir unvergeßlich, der im Siebenjährigen Kriege aus dem Schallloche des Kirchturms während von einem schwarzen Husaren überrascht wird, dem er dann auf der Orgel die Melodie „Wie schön leucht' uns der Morgenstern“ vorspielen muß —, also in diesem Lesebuche fand sich auch eine Glosse des Inhalts: „Schlag halb neun — kriecht Hans Sachs in diese Flasche rein.“ An diese Ankündigung gemahnt es mich allemal, wenn von unsern Zeitungen eine „Krisis“ angesagt wird, ungefähr wie die Plakate in kleinen Städten anzukündigen pflegen: Der Zirkus kommt!

Eine solche Ansage hat die Boffische Zeitung dem Berliner Philister jüngst zum Morgenkaffee serviert, und da zwischen der Boffischen und der Wiener Neuen Freien Presse neuerdings intime landsmannschaftliche Beziehungen bestehen, so fand ich in Meran, wo ich das genannte Wiener Blatt auf Nachrichten aus der deutschen Heimat durchstöberte, einen langen telegraphischen Auszug dieser Krisisanzeige als einziges bemerkenswertes Geschehnis aus „dem Reich.“ Armes Deutschland, dachte ich, hier so viel blauer Himmel und dort so viel blauer Dunst! Mein Tisch gegenüber, ein echter lustiger kölnischer Junggesell, der mir versichert, zuhause nur Moselwein zu trinken, Rheinwein nur, wenn er Wasser trinken soll, hat heute Mittag zwischen dem dritten und dem vierten Gang erklärt, daß die Deutschösterreicher, zumal die Deutschtiroler, viel bismarckwütiger seien „als wir Deutschen alle zusammen.“ Da fiel mir die Neue Freie Presse mit ihrem Boffischen Telegramm ein, und ich fand es begreiflich, daß bei solchen Nachrichten den Deutschösterreichern das heutige Deutschland außerordentlich dürftig, geistig und politisch dürftig, erscheinen muß.

Was ist denn nun eigentlich laut der Boffischen Zeitung bei uns „so kritisch“?

Was prägt unsern Verhältnissen einen „hippokratischen Zug“ auf? Die Boffische weiß es. Erstens hat der Landwirtschaftsminister ein Gesetz durchgebracht, wodurch den Städten die nochmalige Prüfung des von auswärts gekommenen Fleisches untersagt wird. Ein neues modernes Blättchen aus der Geschichte des sechs- bis siebenhundertjährigen Feldzuges zwischen Städter und Junker. Aber wenn der Minister, der im Dolman und Pelz der Zietenhusaren wirklich wie der lebenslustigste Typus der roten Nachkommen des alten Zieten aussieht, ein solches Gesetz „durchgebracht“ hat, so muß er doch die Mehrheit der beiden Häuser des Landtags dafür gehabt haben. Wenn aber ein Minister über eine solche Mehrheit verfügt — wo steckt da die „Krisis“? Nach dem sonstigen Glaubensbekenntnis der Boffischen sollte eine Krisis doch nur bei mangelnder, nicht trotz vorhandener Majorität zulässig sein. Aber mit der politischen Rechtgläubigkeit ist es allemal eine eigne Sache, sobald der Gegner in Betracht kommt. Sodann soll der Minister des Innern in der Mirbachaffäre, der Justizminister wegen verschiedener Vorkommnisse auf dem Gebiet der Justizverwaltung für den Schnitter reif sein. Ein Teil der Presse kann jahrein jahraus den politischen Herbst nicht anders einleiten, als dadurch, daß sie den Schnitter die Sense für einige Minister dengeln läßt. Nun ist aber doch die Justizverwaltung kein politisches Ressort. Sind Unzuträglichkeiten abzustellen, so kommt dabei nicht notgedrungen die Person des Ministers in Frage, und wäre es der Fall, so hätte das eine rein ressortmäßige und keine politische Bedeutung, am allerwenigsten könnte man daraus einen „hippokratischen Zug der Regierung“ konstruieren. Nicht viel anders steht es mit der Ankündigung, wonach dem Minister des Innern mit Hilfe einer freisinnigen Interpellation wegen der Mirbachaffäre die Art an die Wurzeln gelegt werden soll. Was auf diesem Gebiete zu tun war, ist — wenn man von der Aufgabe des Gerichts absieht — geschehen. Der Freiherr von Mirbach ist jetzt nur noch oberster Hofbeamter der Kaiserin, die hohe Frau ist durchaus nicht geneigt, ihn preiszugeben. In Berlin verlautet sogar, daß die bisher eingetretene Remedur dem Kaiser recht große Mühe gemacht habe, und daß ihre Erreichung ein tüchtiges Stück Arbeit für die daran beteiligten Persönlichkeiten gewesen sei. Was dem Kaiser nicht gelungen ist, wird eine freisinnige Landtagsinterpellation wohl noch weniger zustande bringen. Endlich soll auch gar der Reichskanzler wegen der lippischen Sache in Verlegenheit sein oder doch durch den Reichstag in Verlegenheit gebracht werden. Ein Zeugnis für die politische Einsicht des Reichstags würde das gerade nicht sein, verständige Leute würden in dieser Frage die Arbeit des Reichskanzlers erleichtern und nicht erschweren. Mehr tun als sich dafür verbürgen, daß die Angelegenheit ihre rechtmäßige und rechtliche Erledigung finden soll, kann doch auch der Reichskanzler nicht. Die ohnehin verworrenen Fäden sind durch das Telegramm des Grafregenten an den Kaiser und durch das nicht wohl überlegte Verfahren der lippischen Regierung nur noch mehr verschlungen worden, und der Reichstag ist doch nicht das Forum, vor dem die Sache zum Austrag gelangen kann. Deshalb sollten doch alle Parteien, denen es nicht nur um Krakeel zu tun ist, mit einiger Vorsicht und vieler Weisheit Stellung nehmen.

Gerade in der kommenden Arbeitsperiode unsrer Volksvertretung sind so ernste und dringende Aufgaben zu erledigen, daß wirklich aller Grund vorliegt, das Trennende in den Hintergrund zu schieben. Das tönende Erz und die klingende Schelle wohlgefehrter Redeergüsse haben in dieser Zeit der Vielrederei ohnehin sehr an Kredit eingebüßt. Fraktionen, die etwa des Glaubens sind, durch rednerische Aktionen ihren politischen Kredit aufzufrischen zu können, dürften sich doch stark verrecknet haben. Die Nation ist gerade der Reden, bei denen schließlich nichts herauskommt, außerordentlich müde und will Taten sehen, cash down, wie der Amerikaner zu sagen pflegt.

Mit Reden ist das Reich weder geschaffen worden, noch wird es mit Reden erhalten werden, aber wie sehr unser Publikum schon verlernt hat, die ernste Tat zu würdigen, und wie sehr dagegen der Wehrauch der Fest- und Gelegenheits-

rederei ihm den Sinn umfassen hält, beweist u. a. die auffallend geringe Teilnahme, die in den weitem Kreisen für die unübertrefflichen Leistungen unserer Truppen in Südwestafrika besteht. Obwohl die Stärke der Aussendungen schon eine ziemliche Höhe erreicht hat, und fast alle deutschen Landschaften davon berührt sind, ist die Teilnahme der Heimat sehr lau, sowohl was die Fürsorge für die Verwundeten und Kranken als was die Liebesgaben für die Kämpfenden anlangt. Früher war das anders. Fast scheint es, als warte man auf das amtliche Signal, auf die offizielle Anerkennung der Leistungen der braven Truppen, von der allerdings bisher auch wenig verlautet. Eine Mahnung von hoher Stelle, das Interesse an dem, was an unserm eignen Leibe vorgeht, nicht hinter das am russisch-japanischen Krieg zu stellen, wäre vielleicht recht am Plage. Möglicherweise kommt aber dieses Interesse, sobald die Rechnung an den Reichstag gelangt. Dann wird der Philister doch wohl inne werden, was die Sache für Deutschland bedeutet, nach dem Kampfe nicht weniger als während des Kampfes, denn nach Niederwerfung der Eingebornen kommen erst die großen Aufgaben der wirklichen Erschließung, die eine Wiederholung unmöglich machen muß. Zwanzig Millionen Mark rechtzeitig ausgegeben würde uns jetzt zweihundert Millionen erspart haben. Es ist eine völlig falsche Art, mit einer wohlfeilen Verwaltung zu prunken, die nachher, wenn es zu Kämpfen kommt, versagt und für diese nichts vorgesehen hat. Die Abgeordneten, die sich ehemals vor ihren Wählern der Abstriche in den Kolonialausgaben gerühmt haben, werden jetzt bekennen müssen, daß sie sich einer großen Kurzsichtigkeit schuldig gemacht haben. Ob aber die gewonnene Erkenntnis jetzt schon so weit reicht? Warnende Stimmen weisen auf die Gefahr hin, die uns in Kamerun mit einer zweiten Auflage der Not droht, die wir gegenwärtig in Südwestafrika mit so großen Opfern beschwören müssen. Es wird die Aufgabe sein, unser gesamtes Kolonialwesen in dieser Richtung einer ernststen Nachprüfung zu unterziehen. Auffallend ist dabei, daß alle kolonisierenden Nationen immer wieder dieselben Erfahrungen machen, und daß keine von den andern zu lernen scheint. Es ist immer wieder derselbe Fehler der Anwendung einer völlig mißverstandnen europäischen Humanität auf den gänzlich anders fühlenden und denkenden Eingebornen, der in dem Weißen nur seinen Herrn oder seinen Feind sieht.

Die Enthüllung des Roondenkmal — der hervorragende Soldat, Organisator und Patriot hat etwas lange darauf warten müssen — legt die Erinnerung an die Bedeutung nahe, die ehemals der Armee in der Gesamtheit unsers staatlichen Organismus zufiel. Ein württembergischer, äußerst nationalgesinnter Abgeordneter sagte mir einmal um die Mitte der achtziger Jahre: „In Preußen kommt es in allen politischen Fragen auf das erste Garderegiment an.“ Das war nun entschieden unrichtig und bedenklich übertrieben, wohl aber kam es in Preußen ehemals sehr viel mehr als jetzt auf die Armee und deren Stimmung an. Diese Stellung hatte sich die Armee dadurch erworben, daß sie sich in der Bewegung von 1848/49 als das Rückgrat des Staats, als der Fels im brandenden Meer erwies. Sogar Kaiser Friedrich hat bis zu seinem Ende unter diesem Eindruck gestanden, er hat ihm an dem Tage, wo er seinen ältesten Sohn, unsern jetzigen Kaiser, in das erste Garderegiment einführte, beredt Worte verliehen. Aber je mehr aus dem Heere wie aus dem Staatsleben die Männer geschwunden sind, die die Jahre 1848/49 mit wachen Augen durchlebt haben, je mehr ferner die preußische Armee den Charakter eines deutschen Heeres angenommen hat und im preußischen Offizierkorps das Preußentum in den Hintergrund tritt, während die Offizierkorps von Sachsen, Bayern, Württemberg ihren landsmannschaftlichen Charakter bewahren, desto mehr verkleinert sich auch das politische Gewicht, das ehemals der Armee auf der Wagschale der Entscheidungen zufiel. Noch Feldmarschall Manteuffel konnte wiederholt von einem „Armeegefühl“ sprechen, das in unsre Zeit kaum noch hineinragt. Aus dem Jahre 1894 ist von dem damaligen Kriegsminister General von Bronsart II ein tapferes mutiges Wort dieser Art in die Geschichte unsrer Tage eingetragen worden — aber seit Jahren lebt die Armee nur noch von der Sehnsucht, in

großen Entscheidungen zu zeigen, daß sie noch die alte geblieben und des Ruhmes der Väter nicht unwert geworden sei. Der letzte und in seiner Bedeutung seitdem unerreicht gebliebne Repräsentant des Armeegedankens ist Noon gewesen; schade, daß sich das bei der Enthüllung seines Denkmals nicht aussprechen ließ.

Der Straßburger Landesausschuß hat nun tatsächlich den Beschluß gefaßt, daß Elsaß-Lothringen als „eigner Bundesstaat zu konstituieren und den andern Reichsgliedern verfassungsrechtlich gleichzustellen sei.“ Ein unmöglicherer Beschluß konnte in heutigen Deutschen Reiche kaum gefaßt werden. Es ist ein verspäteter Niederschlag der seit den siebziger Jahren dort von preussischen und nichtpreussischen Beamten ausgegebenen Losung: Los von Berlin! Oberpräsident von Moeller, Manteuffel, Hohenlohe, sie wollten alle von der „Berliner Einmischung“ nichts wissen oder nur so weit, als sie ihnen bequem war, ein großer Teil ihrer Untergebenen erst recht nicht. Es war immerhin ein zwar leichtes, aber nicht unbedenkliches Spiel, die Berliner Zentralstellen nebst dem Reichstag als die Ursache aller Hindernisse für die Beglückung des Reichslandes darzustellen. In Berlin hatte man eben größeres als die Straßburger Kirchturnteressen ins Auge zu fassen. Als zum Beispiel der Paßzwang an der französischen Grenze eingeführt werden sollte, wehrte sich Fürst Hohenlohe mit Macht gegen die unpopuläre Maßregel, bis Bismarck ihm schreiben ließ, alle deutschen Regierungen hätten sofort zugestimmt, nur der Statthalter von Elsaß-Lothringen mache ihm Schwierigkeiten. Da verstimmt der Widerspruch. Die Tendenz im Reichslande wird immer darauf gerichtet sein, in Straßburg ein neues Nest der Zaunkönige zu erbauen, und es kann nie schwer halten, die Landesvertretung zu veranlassen, dazu Ja und Amen zu sagen, die begreiflicherweise den Reichstag ebenso ungern als höhere Instanz über sich sieht, wie die Straßburger Verwaltung den Reichskanzler und den Bundesrat. Aber diese Instanzen ausmerzen, würde den ersten Schritt in der Richtung auf die Rückkehr zum Dreißigjährigen Kriege bedeuten. Wir glauben nicht, daß sich dazu irgend ein Glied des Reiches bereit findet. Dem Reiche in seiner Gesamtheit sollte eine so unglaubliche Politik nicht erst zugemutet werden. Das berühmte Rathaus von Schilda können wir in unsern Tagen wirklich nicht mehr bauen. *s*

Der Verleger Georg Müller in München benutzt ein kleines Mißgeschick, das einem unser Mitarbeiter widerfahren ist, dazu, die ungeheuerlichsten Vorwürfe auf die Grenzboten zu schleudern. Der Sachverhalt ist der, daß in unserm Artikel „Kaiser und Kanzler“ in Heft 37 und 38 einige kurze Stellen, alles in allem etwa 25 Zeilen, soviel wir sehen, in einem 20 Seiten langen Artikel (die Seite zu 45 Zeilen!) Sätze und Ausdrücke wiedergeben, die in einer bei Müller erschienenen anonymen Broschüre „Der Kaiser, die Kultur und die Kunst“ vorkommen. Unser Mitarbeiter versichert uns, daß er rein aus Versehen unterlassen habe, an dieser Stelle die Broschüre zu nennen, deren Besprechung noch hatte erfolgen sollen; er hatte in den Tagen, als er an seinem Artikel — der ein Glied einer ganzen Artikelreihe bildet — arbeitete, die übrigens beachtenswerte Broschüre bei ihrem Erscheinen zum Teil gelesen, und hatte dabei gesehen, daß er in mancher Hinsicht mit ihr übereinstimme; daraus erklärt sich die Übereinstimmung in einer Reihe von Gedanken und Ausdrücken in Broschüre und Grenzbotenartikel, die aber gänzlich unwesentlich für den übrigens vollständig selbständigen Inhalt des Artikels sind. Selbstverständlich hatte die Redaktion keine Ahnung davon, daß überhaupt Entlehnungen in irgend einem Umfange, willkürliche oder unwillkürliche, geschehen seien, sie würde sonst ihren Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Broschüre als Quelle genannt werden sollte, auch wenn das nach dem Gesetz nicht geboten gewesen wäre.

Diese geringfügige Unterlassung, die natürlich sofort durch nachträgliche Nennung der Quelle gut gemacht worden wäre, wenn der Verleger der Broschüre die Grenzboten IV 1904

daktion der Grenzboten auf sie aufmerksam gemacht hätte, benutzte nun der genannte Verleger, dem mit einer so einfachen Erledigung der Sache offenbar nicht gebient gewesen wäre, die Grenzboten des Plagiats zu beschuldigen, den Staatsanwalt anzurufen und „im Interesse der Ehrenhaftigkeit der Publizistik“ an die deutsche Presse zu appellieren. Die ganze ungeheuerliche Aufbauschung ist so offenbar ohne Not und mit Gewalt unternommen worden und zeigt so deutlich die eigentliche Absicht des Verlegers, eine möglichst gewaltige Reklame für sein Verlagswerk in Szene zu setzen, daß die Grenzboten es als unter ihrer Würde hätten erachten können, überhaupt ein Wort über diesen plumpen Anfall auf ihre Ehre zu äußern, wenn die Sache nicht noch von einem besondern Umstand begleitet gewesen wäre. Während ein Teil der Presse wahrscheinlich das Rundschreiben des Münchner Verlegers einfach in den Papierkorb befördert haben wird, hat es ein anderer Teil, dessen Mißfallen sich zuzuziehen die Grenzboten die Ehre gehabt haben, nicht über sich vermocht, die schöne Gelegenheit unbenutzt vorübergehen zu lassen, den Grenzboten eins auszuwischen. Diese Zeitungen geben sich den Anschein, als merkten sie die Absicht des Verlegers der Broschüre nicht, und geben sich dazu her, seinem Reklamekarren Vorspanndienste zu leisten, indem sie das Rundschreiben ohne eigne Nachprüfung in größerm oder kleinerm Umfange abdrucken, um den Anschein zu erwecken, als habe der Verleger, der ganz offenbar nur Lärm zu erregen suchte, ein Recht zu der Insinuation, daß die Grenzboten ein Blatt seien, dem Unehrenhaftigkeiten zugetraut werden könnten. Die Böswilligkeit, aber auch blinde Ungeschicktheit geht so weit, daß Zeitungen, die die Grenzboten heftig wegen der Anschauungen ihres Artikels in Heft 37 und 38 angegriffen hatten, jetzt die Broschüre, trotzdem daß sie dieselben Anschauungen vertritt, ihren Lesern empfehlen!

Diesen Zeitungen über ihren edeln Liebesdienst zu quittieren, wollen wir doch nicht unterlassen; wir richten dabei nur noch die Frage an sie, was sie wohl denken, wohin es führen würde, wenn alle solche „Plagiate,“ wie den Grenzboten eins unabsichtlich und in geringem Umfange passiert ist, wie sie aber von andern Leuten sogar oft wissentlich und oft in großem Umfange mit Schere und Meißertopf begangen werden, bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht würden, und wenn das zum Beispiel von den Grenzboten getan würde? J. G.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

